



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Sozialistische Friedensvorarbeit

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Sozialistische Friedensvorbereitung

Mut haben, heißt Gefahren sehend überwinden



er der Welt mit Einschluß der Deutschen einen Weg zu weisen vermag, der dieser wahnsinnigen Kriegszuferei ein Ende bereiten und ihre Wiederholung nach Menschen Ermessen unmöglich machen könnte, der ist der Menschheit mit Einschluß des deutschen Volkes Freund. Der deutsche Reichskanzler, der es heute ablehnen wollte, einen ihm von einer großen, mit ausgedehnten internationalen Verbindungen ausgerüsteten Partei gezeigten Weg zur Friedensvorbereitung zu erkunden, handelte gewissenlos. Man würde ihm und seinen technischen Beratern mit Recht Ressortfanatismus, engherzigen Bureaokratismus, Rückständigkeit und wer weiß noch welche unlautere persönliche Gründe vorwerfen und unterschieben. Welche Stellung die gerade für Anbahnung friedlicher Zustände in Frage kommende Partei oder sonstige Organisation im innerpolitischen Leben unseres Landes einnimmt, ob sie radikal, konservativ, liberal, demokratisch oder agrarisch, industriell, freihändlerisch, sozialistisch ist, das hätte zwar eine gewisse vorentscheidende Bedeutung für gewisse Entwicklungsrichtungen der friedlichen Zukunft, wäre aber vorerst belanglos für das Gelingen oder Scheitern der großen nächsten Aufgabe. Wichtig ist nur die Entscheidung darüber, ob die schließlich zur Vorbereitung gewählte Organisation dasjenige Maß von Vertrauen und Einfluß in der uns feindlichen Welt sich auch über die Kriegsjahre hinaus erhalten konnte, das Vorbedingung für die Vorbereitung zum Frieden wäre. Und nur um die Vorbereitung zum Frieden, nicht um seinen Abschluß kann es sich im gegenwärtigen Stadium des Krieges handeln.

Wer aber wollte, zunächst rein theoretisch gesprochen, in einem Kriege, den wir ruhig als die Konsequenz des liberalen Wirtschaftssystems bezeichnen können, die Frieden anbahnende Kräfte wo anders suchen, als bei den Trägern völkerverbindender internationaler Ideen, die dem Liberalismus feindlich sind? War es nicht eine Selbstverständlichkeit, das Oberhaupt der katholischen Kirche als Friedensanhänger aufzurufen? Und wenn es geschah, ohne daß jemand murrte, so doch ausschließlich im Vertrauen auf die dem Katholizismus innewohnenden, internationalen geistigen Kräfte und nicht im Hinblick auf die Macht des zufällig regierenden Papstes. Der Papst hat der Welt nicht helfen können. Die völkerverbindende Macht des Katholizismus reichte nicht aus für die ihm zuge dachte Mission, weil nicht die alten Moraltheorien von gut und

böse in diesem Kriege umstritten werden; um andere neue Fragestellungen geht es vielmehr, die aus der Privatwirtschaft in die Staatswirtschaften hinübergewachsen sind, um scheinbar rein materielle Dinge: um die Fragen der Völker, und daraus folgend um die Frage, ob jede beliebige Kapitalanhäufung berechtigt sein soll, in jedem ihr geeignet scheinenden Augenblick ihr unbequeme Völker zum Müßiggange, Hunger und zur Entartung zu verdammen. Das war es, was England wollte, als es die Welt gegen uns zu den Waffen rief, was auch die französischen, belgischen, russischen Kapitalisten antrieb, als sie gerade über den Staat herfielen, in dem der Ausgleich zwischen dem Gewinn der Arbeit und dem des Kapitals, also der soziale Ausgleich so weit vorgeschritten war, wie es in keinem anderen Lande der Welt der Fall ist: Deutschland! Nichts anderes bezweckt jetzt Amerika allen europäischen Staaten gegenüber, wenn es mit seinem aus dem Blute von Millionen Arbeitern gewonnenen Kapital gleichfalls gegen die Mittelmächte in die Schranken tritt!

Wir wollen doch an diesen Tatsachen ja recht festhalten. Die Erkenntnis der Wurzel des Übels, das über die Welt gekommen, wird uns auch befähigen, die Mittel ausfindig zu machen, um es aus der Welt zu schaffen. Wir wollen uns doch auch ganz klar darüber sein, daß es letzten Endes kein Kriegsziel sein kann, England, Frankreich, Italien, wie es mit Serbien und Montenegro geschehen ist, niederzuwerfen, daß das Ziel vielmehr ist, den englisch-amerikanischen Kapitalismus, der sich die Staaten der Erde dienstbar zu machen vermochte, von seinem weltbeherrschenden Throne zu stürzen und einer wahren Humanität dienstbar zu machen. Solange diese Kapitalmacht ohne Sicherheitschranken wirken kann, wird der Völkerfrieden bedroht sein oder aber die Völker werden sich entmutigt und zermürbt von dieser Macht auspressen lassen müssen. Jedes Volk oder staatliche Gemeinwesen, daß sich dem Machtanspruch des angelsächsischen Kapitals nicht würde unterwerfen wollen, müßte darauf gefaßt sein, dem schwersten wirtschaftlichen Boykott auf dem ganzen Erdenrund ausgesetzt zu werden, der es zwänge, seine Freiheit durch kriegerische Auflehnung zu erzwingen oder sich selbst aufzugeben. Deutschland und das deutsche Volk haben eine Probe davon zu kosten bekommen, was es heißt, gestützt auf die eigene Tüchtigkeit, seinen Weg gegen den Machtstrom des Weltkapitalismus gehen zu wollen. Die Welt muß vor der Wiederholung solcher Proben unbedingt bewahrt bleiben. Das scheint mir die richtige Umschreibung des deutschen Kriegsziels zu sein, das in der Forderung nach einem sicheren Frieden gipfelt.

Wie aber an den mächtigen Feind herankommen? Was mit kriegerischen Mitteln erreicht werden kann, wird erreicht. Aber die kriegerischen Mittel genügen nicht; sie bedürfen angesichts des Wesens unseres großen Hauptfeindes der Ergänzung. Unser Standhalten auf allen Fronten zu Lande nach fast drei Jahren Krieg gegen fünffache Übermacht, unsere gewaltigen Erfolge zur See sind Zeichen unserer unüberwindlichen militärischen Kraft. Doch, wie lange soll dies Ringen

noch dauern? wie viele Opfer sollen noch gebracht werden? Opfer nicht von uns allein, sondern von allen Völkern der Erde? Und mit welchem Endziel? Wie gesagt: es kann kein Kriegsziel für uns sein, nach Serbien, Montenegro, Rumänien, Belgien auch noch Italien und Frankreich und noch weitere Gebiete von Rußland zu erobern; denn es würde den tatsächlichen Feind nicht treffen. Ein Friedensschluß, in dem Europa verblutete, würde im Gegenteil nur die Stärkung des eigentlichen Feindes, des angelsächsischen Kapitalismus zur Folge haben, da er alle Staaten Europas in den Strudel der Vernichtung zöge. Sollte wirklich nirgends ein Weg der Vernunft gangbar sein?

Gewiß, es gibt einen Ausweg aus diesem Chaos, und ihn zeigen uns die Sozialisten, vor allem die deutschen Sozialdemokraten. Mit Recht weisen sie auf die Umwälzung in Rußland hin und zeigen auf die Gemeinsamkeiten des politischen Interesses zwischen Deutschen und Russen, die sich als Folge der Machtansprüche des kapitalistischen Angelsachsentum herausgebildet haben. Die deutsche Reichsregierung scheint auch den von Scheidemann und G. nossen nachgewiesenen Weg für gangbar zu halten; andernfalls würde sie alle Mittel zur Hand haben, um deutsche Parlamentarier daran zu hindern, den Weg im Auslande, durch Teilnahme an der für den 10. Juni in Stockholm geplanten Konferenz der roten Internationale zu betreten. In den bürgerlichen Parteien des deutschen Volkes scheint dagegen ein richtiges Verständnis für die Notwendigkeit eines solchen Versuches noch nicht überall festen Fuß gefaßt zu haben.

Ganz und garnicht einverstanden mit der Mission unserer Sozialdemokraten sind die Alldutschen und die Konservativen; der engere Vorstand der konservativen Partei hält es sogar für zeitgemäß, in einer parteiamtlichen Kundgebung „den ernststen und schwersten Bedenken“ Ausdruck zu geben gegen den „wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie“.

Verständlich wird diese Stellungnahme eines bedeutenden Teils der in Deutschland führenden Persönlichkeiten nur aus den innerpolitischen Verhältnissen in Preußen und im Reich und die daraus folgende Stellung unserer sogenannten nationalen Kreise der Person des gegenwärtigen Reichskanzlers gegenüber. Die Wut dieser Kreise gegen Bethmann Hollweg hat eine beispiellose Höhe erreicht. Es ist im Augenblick nicht notwendig, die Gründe dieser Wut auf ihre innere Berechtigung zu prüfen. Nach Lage der Dinge könnte kein noch so konservativer Mann aus den Reihen der Alldutschen, der für sich die Bezeichnung eines Staatsmannes in Anspruch nähme, auf die Mitwirkung der Sozialdemokraten zur Friedensanbahnung verzichten. Hier handelt es sich einfach um ein Gebot der Stunde, dem sich kein Reichskanzler entziehen kann! Daß Herr von Bethmann damit einen schwierigen, dornenvollen Weg geht, an dessen Ende sich das erstrebte Ziel womöglich als eine Luftspiegelung erweist, das sind keine Gründe, ihn dafür zu schelten, solange auch nur ein Moment vorhanden ist, das für das Vorhandensein realer Friedensmöglichkeiten spricht. Es geht hier nicht um die Person, sondern um die Sache.

Rein sachlich betrachtet kann ich mir keinen die deutsche Allgemeinheit angehenden Gesichtspunkt denken, von dem aus die Erklärung der Konservativen glücklich zu nennen wäre. Das Gruseln vor der Sozialdemokratie, das uns schon lange vor Ausbruch des Krieges nie recht gelingen wollte, wird auch die neueste Kundgebung niemandem beibringen trotz Liebknechts, des Amokläufers. Daß aber nach dem Kriege die innere Politik von Reich und Bundesstaaten mehr wie bisher von einer Partei beherrscht werden möchte, die die deutsche Arbeiterschaft hinter sich hätte, würde nur dann ein Nachteil sein, wenn diese Partei sich im Gegensatz zu unserer nationalen Entwicklung befände. Die Verantwortung, die die sozialdemokratische Partei an der neuen Entwicklung des deutschen Volkes allein durch ihre Frieden fördernde Arbeit übernimmt, enthält an sich schon eine Garantie dafür, daß wir in mancher Hinsicht durchaus beruhigt bleiben können.

Wenn ich selbst so warm und scheinbar unbekümmert um die innerpolitischen Folgen für die Unterstützung der sozialistischen Friedensstätigkeit seit Ausbruch der russischen Revolution eintrete, so geschieht es aus der Erkenntnis heraus, daß die angelsächsische Kapitalmacht entweder durch unser Zusammenwirken mit Rußland gebrochen werden kann oder überhaupt nicht. Die am Wege zu einem von den Sozialisten angebahnten Frieden gerade für den Frieden selbst lauernenden Gefahren werden dennoch nicht unterschätzt.

Aber diese Bedenken treffen doch vor allem in der Frage zusammen, ob die Sozialisten der beiden in erster Linie interessierten Länder, nämlich die deutschen und russischen, befähigt sind, gleichfalls dasjenige Maß an weiser Mäßigung bei der Aufstellung ihrer Forderungen selbst aufzubringen, das sie von uns, den militärischen Siegern, fordern. Glauben die Sozialisten den Zeitpunkt gekommen die bürgerliche Gesellschaftsordnung, die doch das Ergebnis jahrhundertelanger Entwicklungen mit Kriegen und Revolutionen ist, von Grund aus zu beseitigen, so wäre ihre Anstrengung umsonst. Glauben sie weiter einen allgemeinen Frieden erzwingen zu können, der Europa für immer von der Wiederholung des Jammers der drei letzten Jahre befreien könnte, indem sie den status quo ante zur Grundlage der Verhandlungen machen, — ihre Bemühungen wären umsonst, da ein solcher Friede die deutsche Arbeiterschaft nicht nur dem Großkapital sondern auch der Konkurrenz der Arbeiterschaften aller anderen Länder auslieferte; sie würden also nur neuen Stoff zur Belebung des kriegerischen Fanatismus und neue sehr nachhaltige Gründe für das deutsche Volk zur Fortsetzung des Krieges schaffen. Mit anderen Worten: eine Politik des Alles oder Nichts im sozialistischen Sinne würde gerade zum Gegenteil dessen führen, was die Völker erstreben. Damit wäre aber auch für lange Zeit der Einfluß ausgeschlossen, den die Demokratie aller Länder bisher im guten Sinne ausüben konnte. Ihre Autorität würde untergraben und eine Reaktion, schlimmer wie sie nach den Befreiungskriegen in Europa einsetzte, wäre das alleinige Ergebnis ihrer Zügellosigkeit!

Was im Augenblick von den Sozialisten für den Sieg ihrer Partei-Ideale erreicht werden kann, ist scheinbar nicht viel und doch ungemessen groß: Die Herbeiführung des Ausgleichs zwischen den Russen und Deutschen. Wollten die Sozialisten beider Länder ihre moralischen und physischen Kräfte allein auf diese Aufgabe vereinigen, dann würden sie sich die Grundlage für alles spätere Wirken schaffen. Jeder Versuch, schon jetzt ihren Einfluß auf weitere Länder auszudehnen, würde sie zur Niederlage führen. Die Russen können den künstlich geschaffenen deutsch-russischen Gegensatz verewigend Bedingungen stellen, die nur uns und unsere westlichen Gegner angehen, aber sie können durch verständnisvolles Eingehen auf das, was Deutschland not tut, einen Zustand schaffen, der es ihnen ermöglichte, die deutsche auswärtige Politik späterhin in ihrem eigenen Interesse zu beeinflussen, wie wir die ihrige. Das alles sind Alternativen, die bei einem sozialistischen Wirken im Bereich des Möglichen liegen! Und doch haben wir sie nicht zu scheuen.

Georg Cleinow



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Dichtersfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
 An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Dichtersfelde West, Sternstraße 56.
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Dichtersfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Köpov 6118.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 88/87.